

Bundesministerium für  
Unterricht, Kunst und Kultur

bm:uk

XXIV. GP.-NR

12382 AB

19. Nov. 2012

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0388-III/4a/2012

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

zu 12650 J

Wien, 16. November 2012

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 12650/J-NR/2012 betreffend Lehrermangel, die die Abg. Dr. Martin Strutz, Kolleginnen und Kollegen am 19. September 2012 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Einleitend wird bemerkt, dass im heurigen Schuljahr in Wien sowie auch in allen anderen Bundesländern keine einzige Stunde des lehrplanmäßigen Unterrichts auf Grund eines Mangels an Lehrkräften nicht gehalten werden kann bzw. konnte. Wien ist im Besonderen als einziges Bundesland von steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen in praktisch allen Schulbereichen betroffen, wodurch sich in Verbindung mit den vermehrten Pensionierungszahlen der Lehrkräfte eine besondere Herausforderung für das Personalmanagement vor allem in den Hauptgegenständen und den naturwissenschaftlichen Gegenständen ableitet. Weiters gibt es mitunter Druckpunkte, bei denen, beispielsweise auf Grund von Langzeitkrankenständen oder unterjährigen Karenzen, Bedarfe entstehen, die nicht unmittelbar gleich mit voll geprüften Lehrkräften abgedeckt werden können. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur geht im Rahmen seiner mittelfristigen Prognosen zum Lehrerinnen- und Lehrerbedarf jedoch davon aus, dass auf Grund der in den letzten Jahren stark gestiegenen Zahl der Studierenden an den beiden Pädagogischen Hochschulen in Wien und den Studierenden in Lehramtsstudien an Universitäten eine gewisse Entspannung der Situation eintreten wird.

Zu Frage 1:

Für das aktuelle Schuljahr 2012/13 stehen aus der Bildungsdokumentation noch keine Statistiken zur Verfügung. Die Datenerhebung gemäß Bildungsdokumentationsgesetz und Bildungsdokumentationsverordnung für alle ganzjährig geführten Ausbildungen hat erst per 1. Oktober begonnen und die Schulen haben noch bis Ende November Zeit ihre Daten an die Bundesanstalt „Statistik Österreich“ zu übermitteln; lehrgangsmäßig geführte Berufsschulen jeweils bis Ende der 5. Unterrichtswoche, dh. für die letzten Lehrgänge im Schuljahr erst Ende Mai / Anfang Juni, sodass nach Aufarbeitung und Plausibilitätskontrolle der von den Schulen gemeldeten Daten jeweils erst im Herbst des Folgejahres vollständige Statistikdaten zum abgelaufenen Schuljahr zur Verfügung gestellt werden können. Aktuell stehen somit aus der Bildungsdokumentation statistische Daten lediglich zum Schuljahr 2011/12 zur Verfügung.

Was das laufende Schuljahr 2012/13 anbelangt so wäre für den Bereich der allgemein bildenden bzw. berufsbildenden Pflichtschulen darauf hinzuweisen, dass die Stellenpläne für die allgemein bildenden bzw. berufsbildenden Pflichtschulen anhand seitens der Länder gemeldeter Schülerinnen- und Schülerzahlen erstellt werden. Für das Schuljahr 2012/13 liegen derzeit die Daten der genehmigten vorläufigen Stellenpläne vor, die auf den – seitens der Länder – erwarteten Schülerinnen- und Schülerzahlen basieren.

Erhebliche Abweichungen von den zukünftigen Zahlen aus der Bildungsdokumentation des Schuljahres 2012/13 sind daher systembedingt zu erwarten.

Für die Stellenpläne sind die Schülerinnen- und Schülerzahlen jener allgemein bildenden bzw. berufsbildenden Pflichtschulen maßgebend, für deren Landeslehrerinnen und -lehrer der Bund den Aktivitätsaufwand zur Gänze bzw. teilweise zu tragen hat. Zu melden sind daher die Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen, deren Schulerhalter eine Gemeinde oder ein Land ist, sowie an konfessionellen Privatschulen.

Diese vorläufigen Schülerinnen- und Schülerzahlen für das Schuljahr 2012/13 im Bundesland Wien sind aufgeschlüsselt nach Schularten aus nachstehender Aufstellung ersichtlich:

Schulart	Vorläufige Zahl der Schülerinnen und Schüler
Volksschulen	63.345
Hauptschulen/Neue Mittelschulen	27.158
Polytechnische Schulen	2.882
Sonderschulen	2.757
Berufsschulen	21.250

Ferner liegen dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur für den Bereich der allgemein bildenden höheren Schulen (AHS) sowie der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) aus dem sog. Unterrichtspersonalinformationssystem (UPIS) Schülerinnen- und Schülerzahlen aus dem laufenden Schuljahr 2012/13 vor. Die dort enthaltenen Schülerinnen- und Schülerzahlen sind die wesentliche Grundlage für die Ressourcenbewirtschaftung beim entsprechenden Lehrerinnen- und Lehrpersonal, jedoch sind diese Zahlen auf Grund einiger Details mit den Daten der Bildungsdokumentation ebenfalls nicht deckungsgleich. Es ergeben sich für Wien daraus folgende Zahlen (inkl. Statutschulen und exkl. Zentrallehranstalten):

Schulart	UPIS-Zahl der Schülerinnen und Schüler
AHS	60.729
BMHS	30.261

#### Zu Fragen 2 und 3:

Was den Pflichtschulbereich anbelangt, so werden Lehrerinnen- und Lehrer-Planstellen den Ländern getrennt nach allgemein bildenden (APS) und berufsbildenden Pflichtschulen (BS) je Schuljahr zur Verfügung gestellt (genehmigte Planstellen). Wie bereits bemerkt liegen für das Schuljahr 2012/13 derzeit die Daten der genehmigten vorläufigen Stellenpläne vor, wobei erhebliche Abweichungen von den für das Schuljahr 2012/13 definitiv zu genehmigenden Planstellen systembedingt zu erwarten sind:

Schuljahr	APS	BS
2012/13 vorläufig	10.211,3	896,0

Im Übrigen liegt im Bereich der Landeslehrerinnen und -lehrer das Personalmanagement in der Zuständigkeit der Länder.

Die Bewirtschaftung der für AHS und BMHS notwendigen Ressourcen erfolgt durch das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur an den Stadtschulrat für Wien nicht wie in der allgemeinen Verwaltung in Form von Planstellen, sondern im Wege von Werteinheiten(WE)-Kontingenten. Die Kontingente können grundsätzlich in „echten“ Anstellungen oder aber auch in Lehrkräfteüberstunden aufgehen. Der Begriff der „Planstelle“ spielt daher hier im Lehrerinnen- und Lehrerbereich nur eine untergeordnete Rolle und ist lediglich für die Abbildung im Personalplan, nicht jedoch im Hinblick auf die insgesamt eingesetzte Personalkapazität relevant. Für die AHS werden dem Stadtschulrat für Wien für das Schuljahr 2012/13 rd. 118.700 WE und für die BMHS rd. 63.500 WE zugewiesen.

Es ist davon auszugehen, dass diese zugewiesenen Ressourcen auch zur Gänze an den Schulen eingesetzt werden. Da die WE-Kontingente darauf bemessen sind, den gesamten lehrplanmäßigen Unterricht abdecken zu können kann in Verbindung mit den einleitenden Bemerkungen nochmals bestätigt werden, dass der planmäßige Unterricht zur Gänze stattfindet.

#### Zu Fragen 4 und 5:

In Wien wurden im Bereich der AHS im Schuljahr 2012/13 in Summe 93 Personen (48 Vollbeschäftigungsäquivalente) für die Unterrichtserteilung an den Schulen angestellt, die sich noch im Lehramtsstudium befanden (diese und alle folgenden Zahlen: Stichtag 1. Oktober 2012). Die korrespondierende Zahl für die BMHS beläuft sich auf 37 Personen (26 Vollbeschäftigungsäquivalente). In beiden Bereichen fehlt diesen Lehrkräften der erfolgreiche Abschluss des Lehramtsstudiums.

Was den Bereich der Landeslehrerinnen- und -lehrer anbelangt, so wird grundsätzlich darauf hingewiesen, dass das Personalmanagement in der Zuständigkeit der Länder liegt. Nach den vorliegenden Informationen sind für die allgemein bildenden Pflichtschulen folgende Personenzahlen (Planstellen) angestellt worden, die sich noch in Ausbildung befinden:

Volksschulen:	189,00
Hauptschulen:	72,58
Polytechnische Schulen:	6,38
Sonderschulen:	51,73

Diesen Personen fehlt der erfolgreiche Abschluss des entsprechenden Studienganges an der Pädagogischen Hochschule.

#### Zu Fragen 6 bis 12:

In rechtlich institutionalisierter Weise ist für die in der Beantwortung der Fragen 4 und 5 genannten Lehrpersonen keine Betreuung vorgesehen. Nach den vorliegenden Informationen werden durch die Schulleitungen vor Ort eine Betreuung und Einführung dieser Kolleginnen und Kollegen durch erfahrene Mitglieder des jeweiligen Lehrkörpers organisiert.

#### Zu Frage 13:

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur hat keine „Anstellungs- bzw. Jobgarantie“ abgegeben.

Zu Frage 14:

Für die kurz- und mittelfristige Prognose der Schülerinnen- und Schülerzahlen zieht das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur eine von der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ eigens erstellte Projektionsrechnung heran. Grundlage dieser Projektion ist die Bevölkerungsprognose mit einer angenommenen mittleren Fertilität und Zuwanderung. Auf diese Bevölkerungsprognose werden je Region, Schultyp und Altersjahrgang sog. Schulbesuchsquoten aufgesetzt. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung dieser Schulbesuchsquoten wird angenommen, dass diese sich trendmäßig basierend auf den in der Vergangenheit beobachteten Werten fortsetzen (sog. Trendvariante). Aus diesen Modellparametern errechnen sich für den Zeitraum 2012/13 bis 2017/18 folgende Veränderung der Schülerinnen- und Schülerzahlen in Wien:

APS: +3,9%

AHS: +4,1%

BS: -1,8%

BMHS: +1,0%

In Summe ist in Wien über den genannten Prognosezeitraum mit einem Anstieg der Schülerinnen und Schüler um rd. 3% oder rd. 6.200 Personen zu rechnen.

Zu Frage 15:

Eine exakte Prognose der Lehrerinnen- und Lehrerbedarfssituation ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Bestimmend für den Bedarf ist beispielweise die zukünftige Zahl der Pensionierungen, die sich insbesondere auf Grund der kommenden Verschärfungen im Pensionsrecht und der daraus ableitbaren Unsicherheit gegenüber dem daraus folgenden Verhalten der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer nur äußerst schwer vorhersagen lässt. Die Einschätzung ist aber gerechtfertigt, dass nach dem kommenden Schuljahr, das von dem eben beschriebenen Effekt besonders betroffen sein wird, eine deutliche Entspannung auf Grund der dann deutlich sinkenden Übertritten in den Ruhestand eintreten wird. Erst nach 2017 ist wieder mit höheren Pensionierungszahlen zu rechnen. Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Frage 16 hingewiesen.

Zu Frage 16:

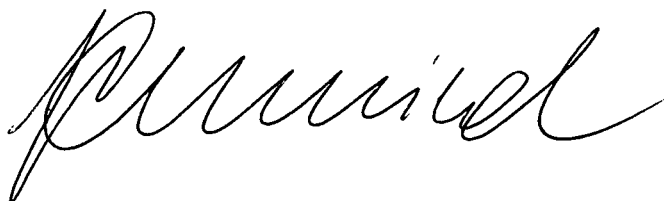
Die Maßnahmen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur konzentrieren sich naturgemäß auf die Beeinflussung von österreichweiten Rahmenbedingungen. Das sind zum einen die konzentrierten Arbeiten an einer neuen PädagogInnen(aus)bildung und zum anderen die Schaffung eines neuen und attraktiven Dienst- und Besoldungsrecht für neueintretende Lehrkräfte. Weiters erfolgt eine ständige Behandlung des Themas „Lehrerinnen- und Lehrerbedarf“ in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit den Landesschulräten bzw. dem Stadtschulrat für Wien und den Ämtern der Landesregierungen und zusätzlich wird bei den Konferenzen mit den Präsidentinnen und Präsidenten der Landesschulräte die Bedarfssituation diskutiert und Strategien und Maßnahmen zur Vermeidung von Engpässen ausgearbeitet.

In Bezug auf die Bundeslehrerinnen und -lehrer an AHS und BMHS wird zusätzlich derzeit an einem neuen IT-Tool zur besseren und effizienteren Abwicklung des Bewerbungsverfahrens gearbeitet und es wurde auf Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur in jedem Bundesland eine Informationsstelle für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger eingerichtet.

Weiters werden nach den vorliegenden Informationen durch den Stadtschulrat für Wien eine Reihe von Maßnahmen zur Abdeckung von notwendigen offenen Stellen gesetzt. Darunter fällt neben der Vergabe von Lehrkräfte-Überstunden und der Nicht-Genehmigung von Karenzen und Sabbaticals der jährlich Abgleich mit den Universitäten (quantitative und inhaltliche Abstimmung der Ausbildung im Lehramtsstudium), der bundeländerübergreifende Abgleich zur Bewerberinnen- und Bewerbersituation (insbesondere mit Niederösterreich), der Kontakt zur Studienberatung der Österreichischen Hochschülerschaft, die aktive Kontaktaufnahme des Stadtschulrates für Wien mit potentiellen Arbeitgebern (Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger) und das aktive Hinweisen auf den Lehrberuf bei den Absolventinnen und Absolventen im Rahmen der Reife- und Diplomprüfung durch die Vorsitzenden.

Weiters wird auch hier auf die steigenden Zahlen bei den Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen hingewiesen, die als Orientierung für das Angebot an Lehrerinnen und Lehrern für Pflichtschulen in den kommenden Jahren dienen.

Die Bundesministerin:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. P. P.', written in a cursive style.